Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Gemeinderates der Gemeinde Pullach i. Isartal

Sitzungsdatum: Dienstag, 19.01.2016
Beginn der Sitzung: 19:30 Uhr
Ende der Sitzung: 23:55 Uhr
Ort: großen Sitzungssaal des Rathauses

Erste Bürgermeisterin

Susanna Tausendfreund

Mitglieder des Gemeinderates

Dr. Alexander Betz
Johannes Burges jun.
Stefan Demmeler

Martin Eibeler

Eduard Floß

Odilo Helmerich

Arnulf Mallach jun.

Dr. Walter Mayer

Angelika Metz

Dr. Andreas Most

Fabian Müller-Klug

Holger Ptacek

Lutz Schonert

Patrick Schramm

gegangen um 23.40 Uhr zu TOP 12 -ö-

gekommen um 20.30 Uhr TOP 6 -ö-

gekommen um 19.45 Uhr TOP 1.2 -ö-

gekommen um 19.40 Uhr TOP 1.1 -ö-
gegangen um 23.45 Uhr zu TOP 12 -ö-

Johannes Schuster

Marianne Stöhr

Reinhard Vennekold

Caroline Voit

Wilhelm Wülleitner

Cornelia Zechmeister

Abwesende und entschuldigte Personen:

TAGESORDNUNG

Öffentliche Sitzung

- 1 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung der Gemeinderatsmitglieder und der Beschlussfähigkeit des Gemeinderates nach Art. 47 Abs. 2 GO
- 1.1 Genehmigung der vorgelegten Tagesordnung
- 1.2 Genehmigung der Niederschrift der öffentlichen Sitzung des Ortsentwicklungs- Energie- und Umweltausschusses vom 17.12.2015 und des Gemeinderates vom 08.12.2015 und vom 15.12.2015
- 2 Bürgerfragestunde
- 3 Gemeinderatsfragestunde
- 4 Anfrage zur Errichtung einer Zaunanlage an der Grundelbergwiese als Abgrenzung zur S-Bahnlinie
- 5 Mittelschule Pullach: Brandschutz- und Schadstoffsanierung; Beauftragung des Architekten
- 6 Antrag des Otfried-Preußler-Gymnasiums - P-Seminar Eventmanagement - auf Nutzung des gemeindlichen Wappens für den Pullacher Adventslauf vom 18.12.2015
- 7 Satzung über die gemeindlichen Bestattungseinrichtungen der Gemeinde Pullach i. Isartal, hier: Grundsatzbeschluss zur zulässigen Höhe von Grabkreuzen
- 8 Ausbau der Zugspitzstraße
- 9 Neufassung der Verordnung der Gemeinde Pullach i. Isartal über den Schutz des Bestandes an Bäumen
 - 1.) Abwägung der eingegangenen Stellungnahmen gemäß Art. 52 Ziff. 4 BayNatSchG
 - 2.) Erlass der Verordnung
- 10 Vergabe Einsammeln und Transport von Restmüll- und Biomüll
- 11 Partnerschaft Baryschiwka; Erwerb eines Notarzwagens
- 12 Unterbringung von Flüchtlingen in einer Turnhalle
- 13 Bekanntgaben aus nichtöffentlichen Sitzungen
- 14 Allgemeine Bekanntgaben

Öffentliche Sitzung

TOP 1 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung der Gemeinderatsmitglieder und der Beschlussfähigkeit des Gemeinderates nach Art. 47 Abs. 2 GO

Die Erste Bürgermeisterin Frau Susanna Tausendfreund begrüßt alle Anwesenden und eröffnet die Sitzung mit der Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung der Gemeinderatsmitglieder sowie der Beschlussfähigkeit des Gemeinderates nach Art. 47 Abs. 2 GO.

TOP 1.1 Genehmigung der vorgelegten Tagesordnung

Herr Dr. Most stellt den Antrag, die Tagesordnung um einen weiteren Punkt zu ergänzen (Unterbringung von Flüchtlingen in einer Turnhalle) und legt hierzu einen Dringlichkeitsantrag vor (siehe entsprechender Beschluss zu TOP 12). Erste Bürgermeisterin Tausendfreund lässt über die Anerkennung der Dringlichkeit abstimmen.

Abstimmung:

Ja-Stimmen: 19 Nein-Stimmen: 0

Das Gremium genehmigt die vorgelegte und um TOP 12 neu ergänzte Tagesordnung.

Abstimmung:

Ja-Stimmen: 19 Nein-Stimmen: 0

TOP 1.2 Genehmigung der Niederschrift der öffentlichen Sitzung des Ortsentwicklungs- Energie- und Umweltausschusses vom 17.12.2015 und des Gemeinderates vom 08.12.2015 und vom 15.12.2015

Der Gemeinderat genehmigt die Niederschriften der öffentlichen Sitzung des Ortsentwicklungs- Energie- und Umweltausschusses vom 17.12.2015 und des Gemeinderates vom 08.12.2015.

Die Niederschrift vom 15.12.2015 wird mit einer Änderung bei TOP 1.1 Dringlichkeitsantrag TOP 9 statt VBS Gewerbepark – Eislaufplatz genehmigt.

TOP 2 Bürgerfragestunde

keine

TOP 3 Gemeinderatsfragestunde

Herr Schramm fragt, ob es zutrifft, dass unser Carsharing Anbieter Citée Car Insolvenz angemeldet hat. Weiter hat er eine Frage zu den Abfahrzeiten des 270 er Bus. Er hat festgestellt, dass dieser häufig 2-3 Minuten vor der Abfahrtszeit bereits losfährt.

Herr Baasch antwortet, dass der Verwaltung bekannt ist, dass Citée Car insolvent ist. Es gibt bereits einen Insolvenzverwalter, der einen neuen Käufer sucht. Beide Autos können aber weiterhin gebucht werden.

Frau Tausendfreund bittet Herrn Schramm explizit die Tage aufzuschreiben, an denen der Bus zu früh weggefahren ist. Dies wird dann beim MVV angemahnt.

Frau Voit teilt dem Gremium mit, dass am kleinen Kirchplatz das Kindermodengeschäft schließt. Sie hätte gerne, dass sich dort wieder ein Ladengeschäft und kein Büro einmietet.

Herr Müller-Klug ist beim Fußballturnier im Pullacher Gymnasium am Wochenende die Rutschgefahr des Hallenbodens aufgefallen.

Herr Kotzur antwortet, dass erst gestern Abend eine Spezialreinigung durchgeführt wurde.

TOP 4 Anfrage zur Errichtung einer Zaunanlage an der Grundelbergwiese als Abgrenzung zur S-Bahnlinie

Beschluss:

Der Antrag auf Errichtung einer Zaunanlage an der Grundelbergwiese als Abgrenzung zur S-Bahnlinie wird abgelehnt.

Abstimmung:

Ja-Stimmen: 20 Nein-Stimmen: 0

TOP 5 Mittelschule Pullach: Brandschutz- und Schadstoffsanierung; Beauftragung des Architekten

Beschluss:

Das Architekturbüro Meßenzehl + Meininghaus Architekten wird mit der Planung für die bauliche Umsetzung der Brandschutzaufgaben gemäß des aktuellen Brandschutznachweises (Anlage 4) und der Schadstoffsanierung auf Grund des Gutachtens zum Vorkommen von Formaldehyd vom 29.12.2015 (Anlage 1) beauftragt:

1. Neubau der Treppenfassade mit Fluchtmöglichkeit direkt ins Freie.
2. Ertüchtigung bzw. Neubau der elementierten Klassenzimmertrennwände im Erdgeschoss für die Anforderung F30 (Brandschutzsanierung).
3. Ausbau von Holzwerkstoffplatten in Wänden und Decken und Erneuerung der Wandoberflächen und abgehängten Decken in zwei Klassenzimmern (Schadstoffsanierung).

Ein Baugenehmigungsverfahren ist für den Neubau der Treppenfassade und der dazugehörigen Fluchttreppe notwendig.

Gesamtkosten nach derzeitiger Kostenprognose einschließlich Umsatzsteuer: 210.000,- EUR
Stufenweise Beauftragung der Leistungsphasen (2 - 9)

- Honorarzone nach § 35 und Anlage 10.2 HOAI: III Mindestsatz

- Leistungsbild nach § 34 HOAI

1. Grundlagenermittlung	0,00 %
2. Vorplanung	7,00 %
3. Entwurfsplanung	8,00 %
4. Genehmigungsplanung	3,00 %
5. Ausführungsplanung	25,00 %
6. Vorbereitung der Vergabe	9,00 %
7. Mitwirkung bei der Vergabe	3,00 %
8. Objekt- und Bauüberwachung	
Dokumentation	32,00 %
9. <u>Objektbetreuung</u>	2,00 %
	89,00 %

- Erhöhung des Honorars nach § 36 HOAI für Umbau und Modernisierung (Umbaufschlag): 25%
- Die anrechenbaren Kosten der mitzuverarbeitenden Bausubstanz i. S. des § 2 Abs. 7 HOAI werden nicht angesetzt und sind mit dem Umbaufschlag abgegolten
- Pauschalhonorar für einfache Bestandsaufnahme: 2000,- EUR nto.
- Nebenkosten 3% des Nettohonorarsatzes

Abstimmung:

Ja-Stimmen: 20 Nein-Stimmen: 0

TOP 6 Antrag des Otfried-Preußler-Gymnasiums - P-Seminar Eventmanagement - auf Nutzung des gemeindlichen Wappens für den Pullacher Adventslauf vom 18.12.2015

Beschluss:

Die Nutzung des gemeindlichen Wappens für den 1. Pullacher Adventslauf am 13.12.2015 wird nachträglich genehmigt.

Abstimmung:

Ja-Stimmen: 20 Nein-Stimmen: 1

Der zweite Absatz des Beschlussvorschlags wird von der Verwaltung überarbeitet und in einer der nächsten Sitzungen erneut vorgelegt.

TOP 7 Satzung über die gemeindlichen Bestattungseinrichtungen der Gemeinde Pullach i. Isartal, hier: Grundsatzbeschluss zur zulässigen Höhe von Grabkreuzen

Beschluss:

Im Vorgriff auf eine Neufassung der Satzung über die gemeindlichen Bestattungseinrichtungen der Gemeinde Pullach i. Isartal vom 25.02.1991, zuletzt geändert durch die Satzung vom 22.09.2004, werden Grabkreuze aus Schmiedeeisen oder Holz für Einzelgräber und Doppelgräber bis zu einer sichtbaren Höhe von 170 cm von der Verwaltung genehmigt.

Abstimmung:

Ja-Stimmen: 21 Nein-Stimmen: 0

TOP 8 Ausbau der Zugspitzstraße

Beschluss:

Die Planung der Zugspitzstraße soll mit folgenden Varianten weiter geführt werden siehe Ziffer 1) und hierfür die jeweiligen voraussichtlichen Kosten ermittelt werden:

1. Regelquerschnitt:
 - a. Bestandsorientierter Ausbau
 - b. Anordnung von Längsparkplätzen auf einer oder auf beiden Fahrbahnseiten
 - c. Fahrbahn Breite 6,0 m
 - d. Ausbau mit oder ohne einseitigem Gehweg auf der Ostseite; Breite 1,8 m

2. Ausbildung des südlichen Ausbauendes:
 - a. Im Bereich der Gartenabfallannahmestelle ist eine Wendemöglichkeit zu schaffen.
 - b. Der von Norden kommende Gehweg endet an der Wendestelle.
 - c. Zwischen der Wendemöglichkeit und der Gemarkungsgrenze wird die Fahrbahn auf eine Breite von 4,5 m verschmälert.
 - d. Die Verwaltung wird beauftragt, mit der Gemeinde Baierbrunn bzw. der Bayernwerk AG Gespräche mit dem Ziel zu führen, dass der verschmälerte Querschnitt auch im Bereich der Gemarkung Baierbrunn, zumindest soweit der Schmutzwasserkanal bzw. anderer Sparten verlegt werden, fortgesetzt wird.

3. Grunderwerb:
Die Verwaltung wird beauftragt mit der Bayernwerk AG Grunderwerbsverhandlungen für den Ankauf der Fl. Nr. 412/20 Gemarkung Pullach zu führen.
Das Flurstück hat eine Größe von 3.564 m².

4. Finanzielle Beteiligung der Firma Sixt AG an der Maßnahme:
Die Verwaltung wird beauftragt, mit der Firma Sixt AG Verhandlungen bezüglich einer finanziellen Beteiligung an der Maßnahme zu führen.

Abstimmung:

Ja-Stimmen: 20 Nein-Stimmen: 1

Herr Schramm bittet, seine Nein-Stimme zu Protokoll zu nehmen.

<p>TOP 9 Neufassung der Verordnung der Gemeinde Pullach i. Isartal über den Schutz des Bestandes an Bäumen 1.) Abwägung der eingegangenen Stellungnahmen gemäß Art. 52 Ziff. 4 BayNatSchG 2.) Erlass der Verordnung</p>
--

Beschluss:

I. Beschluss (I): (Abstimmung erfolgt nach den Beschlüssen zu I-1 bis I-9)

Der Gemeinderat nimmt die eingegangenen Stellungnahmen nach § 63 Abs. 2 Nr. 1 BNatSchG und Art. 52 Ziff. 1 und 2 BayNatSchG zur Kenntnis und entscheidet nach erfolgter Abwägung (Art. 52 Ziff. 4 BayNatSchG) im Einzelnen zu den nachstehend eingegangenen Stellungnahmen.

Abstimmung:

Ja-Stimmen: 20 Nein-Stimmen: 0

ohne Herrn Dr. Betz

A. Stellungnahmen der Öffentlichkeit

A.1 Im Rahmen der Öffentlichkeitsbeteiligung ist eine Stellungnahme eingegangen.

A.1.1 Herr Walter Krauß, Schillerstr. 15, mündliche Anregung vom 10.12.2015

Der Geltungsbereich der Baumschutzverordnung solle mittels einer Karte definiert werden.

Abwägung:

Der Geltungsbereich der Baumschutzverordnung ist mit der Bezeichnung „innerhalb der im Zusammenhang bebauten Ortsteile“ (§1) hinreichend gut definiert und vom Waldbegriff nach Art. 2 BayWaldG abgegrenzt.

Außerdem müsste bei einer Ausweitung der Bebauung, in Bereiche die bisher außerhalb des Geltungsbereiches liegen (z.B. nördl. Staatsbahnhofgelände) der Plan immer geändert werden.

Die bestehende Formulierung des Geltungsbereiches wird nicht durch einen Plan ersetzt.

Beschlussvorschlag (I-1):

Abstimmung:

Ja-Stimmen: 20 Nein-Stimmen: 0

ohne Herrn Dr. Betz

Die Anregung wird zur Kenntnis genommen. Die Formulierung des Geltungsbereiches wird beibehalten.

Stellungnahmen von Behörden und sonstigen Trägern öffentlicher Belange

B.1 Behörden und sonstige Träger öffentlicher Belange, von denen eine Stellungnahme ohne Bedenken und Einwendungen eingegangen ist (Anlage 1)

B.1.1 Landeshauptstadt München

Referat für Stadtplanung und Bauordnung
(Stellungnahme vom 13.11.2015)

B.1.2 Industrie- und Handelskammer für München und Oberbayern

(Stellungnahme vom 04.12.2015)

B.1.3 Wasserwirtschaftsamt München

(Stellungnahme vom 03.12.2015)

B.1.4 Staatl. Bauamt Freising

(Stellungnahme vom 03.12.2015)

B.1.5 Handwerkskammer für München und Oberbayern

(Stellungnahme vom 16.11.2015)

B.1.6 Deutsche Telekom Technik GmbH

(Stellungnahme vom 23.11.2015)

B.1.7 Landratsamt München

Sg. 6.3 – Naturschutz, Forstrecht und Landwirtschaftsrecht

(Stellungnahme vom 30.10.2015)

B.1.8 Deutsche Bahn AG

DB Immobilien

(Stellungnahme vom 05.11.2015)

Beschlussvorschlag (I-2):

Abstimmung:

Ja-Stimmen: 20 Nein-Stimmen: 0

ohne Herrn Dr. Betz

Es wird festgestellt, dass von obigen Behörden und sonstigen Trägern öffentlicher Belange Stellungnahmen ohne Bedenken und Einwendungen eingegangen sind.

B.2 Behörden und sonstige Träger öffentlicher Belange, von denen eine Stellungnahme mit Anregungen und Bedenken mit Abwägungserfordernis eingegangen ist (Anlage 2).

B.2.1 Bund Naturschutz in Bayern e.V., Ortsgruppe Pullach (Stellungnahme vom 28.11.2015)

Nachdrücklicher Hinweis auf unfachmännisch und zu stark durchgeführte Rückschnitte von Sträuchern, welche mehr auf eine falschverstandene Pflegeleichtigkeit und Mode abzielen als dass sie Naturschutzaspekte bedienen; der Schutz der Sträucher in den Gärten solle mehr in den Vordergrund rücken.

Abwägung:

Zwar wurden in die neue Verordnung auch Sträucher als Ersatzpflanzungen aufgenommen, um bei kleineren Gärten die Grünausstattung sicherzustellen, doch kann die Verordnung im Übrigen nur den Schutz von Bäumen regeln. Bei Besichtigungsterminen vor Ort wird ggf. auf diese Aspekte hingewiesen.

Beschlussvorschlag (I-3):

Abstimmung:

Ja-Stimmen: 20 Nein-Stimmen: 0

ohne Herrn Dr. Betz

Die Anregung wird zur Kenntnis genommen. Es wird jedoch keine Änderung der Baumschutzverordnung im Sinne der Anregung vorgenommen.

B.2.2 Amt für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten Ebersberg (Stellungnahme vom 15.12.2015)

Zur Verdeutlichung der terminologischen Abgrenzung des Zuständigkeitsbereiches von Baumschutzverordnung und Art. 2 Bayer. WaldG (zur Definition Wald) soll durch Querverweis innerhalb des Artikels § 4 „Ausnahmen“ eine Klärstellung erfolgen.

Bezüglich des Vollzugs der Landesverordnung zur Bekämpfung schädlicher Insekten (SchädInsBekVBy) im Wald und sonstigen mit Waldbäumen bestockten Grundstücken könnte die Gemeinde eine entsprechende Ausnahmeregelung treffen.

Bezüglich der Verkehrssicherheit soll ein Ausnahmetatbestand auch die Ver-

kehrssicherungspflicht zwischen Nachbarn betreffend eingeführt werden.

Abwägung:

Der Geltungsbereich der Baumschutzverordnung ist mit der Bezeichnung „innerhalb der im Zusammenhang bebauten Ortsteile“ (§1) hinreichend gut definiert und vom Waldbegriff nach Art. 2 BayWaldG abgegrenzt, der im Übrigen kleine Waldflächen innerhalb des bebauten Bereiches ebenfalls außen vor lässt, so dass auch damit keine größere Bestimmtheit erreicht wird.

Da über Maßnahmen gem. § 2 Abs. 2 der SchädInsBekVBy die Gemeinde entscheidet und per Verwaltungsakt im Einzelfall Anordnungen erlässt, bedarf es keiner weiteren Ausnahmeregelung in der Baumschutzverordnung. Die Landesverordnung geht der Baumschutzverordnung in jedem Fall vor.

Die bisherige Regelung, in der die Verkehrssicherungspflicht auch zwischen Nachbarn ein Ausnahmetatbestand war, wurde absichtlich geändert, um Fällungen bei einer subjektiven Gefahreinschätzung unter Berufung auf diesen Ausnahmetatbestand und unter Umgehung von möglichen Ersatzpflanzungsauflagen keinen Vorschub zu leisten. Dagegen wurden Maßnahmen zur Beseitigung unmittelbar drohender Gefahren jetzt als Ausnahmetatbestand eingeführt.

Beschlussvorschlag (I-4):

Abstimmung:

Ja-Stimmen: 20 Nein-Stimmen: 0

ohne Herrn Dr. Betz

Die Anregungen werden zur Kenntnis genommen. Es werden jedoch keine Änderungen der Baumschutzverordnung im Sinne der Anregungen vorgenommen.

B.2.3 Bayernwerk AG
(Stellungnahme vom 12.11.2015)

Grundsätzlich liegen von Seiten der Bayernwerk AG keine Einwendungen vor, wenn der Bestand, die Sicherheit und der Betrieb der Stromversorgungsanlagen und- und Fernmeldeleitungen nicht beeinträchtigt werden.

Abwägung:

Gemäß DIN 18920 soll eine „Schutzzone“ von 2,5 m rechts und links der Kabelachse vorhanden sein, um Schäden durch Einwurzelung vorzubeugen. D.h. hier wird schon im Vorfeld einer Beeinträchtigung durch Bäume vorgebeugt. Sollte es wirklich einmal zu einer Beeinträchtigung kommen, greift Ziff. 6 (neu 7) des § 4.

Beschlussvorschlag (I-5):

Abstimmung:

Ja-Stimmen: 20 Nein-Stimmen: 0

ohne Herrn Dr. Betz

Die Anmerkungen werden zur Kenntnis genommen. Es wird jedoch keine auf

den Anmerkungen basierende Änderung der Baumschutzverordnung vorgenommen

B.2.4 Eisenbahn-Bundesamt – Außenstelle München (Stellungnahme vom 27.11.2015)

Aufnahme von Unterhaltsmaßnahmen entlang der Bahngleise in die Ausnahmetatbestände des § 4.

Abwägung:

Die Anregung ist berechtigt. Mit der Verschärfung der Regelung des § 4 Ziff 5 unterlägen die vorsorglichen Maßnahmen der DB generell der Genehmigung. Dadurch würde ein unnötig hoher Verwaltungsaufwand hervorgerufen. Die Formulierung sollte daher geändert werden.

Beschlussvorschlag (I-6):

Abstimmung:

Ja-Stimmen: 20 Nein-Stimmen: 0

ohne Herrn Dr. Betz

Die bestehende Ziff. 5 des § 4 wird in 2 Ziffern aufgespalten.

Neu:

5. Maßnahmen zur Beseitigung unmittelbar drohender Gefahren.

6. Maßnahmen in Erfüllung der Verkehrssicherungspflicht auf Gehwegen und
Fahrbahnen.

7. wie alt 6.

B.2.5 Isartalverein e.V. (Stellungnahme vom 03.11.2015)

Der Geltungsbereich der Baumschutzverordnung solle mittels einer Karte definiert werden.

Abwägung:

Der Geltungsbereich der Baumschutzverordnung ist mit der Bezeichnung „innerhalb der im Zusammenhang bebauten Ortsteile“ (§1) hinreichend gut definiert und vom Waldbegriff nach Art. 2 BayWaldG abgegrenzt.

Außerdem müsste bei einer Ausweitung der Bebauung, in Bereiche die bisher außerhalb des Geltungsbereiches liegen (z.B. nördl. Staatsbahnhofgelände) der Plan immer geändert werden.

Beschlussvorschlag (I-7):

Abstimmung:

Ja-Stimmen: 20 Nein-Stimmen: 0

ohne Herrn Dr. Betz

Die Anregung wird zur Kenntnis genommen. Die bestehende Formulierung des Geltungsbereiches wird nicht durch einen Plan ersetzt.

B.2.6 Innovative Energie für Pullach GmbH (Stellungnahme vom 27.10.2015)

Die Ausnahmetatbestände des § 4 sollen um den Punkt „Maßnahmen zur Sicherung der Fernwärmeversorgung“ ergänzt werden.

Abwägung:

Für Maßnahmen der Ver- und Entsorgung besteht nach § 5 Abs. 1 Ziff. 1 generell ein Genehmigungsanspruch, allerdings wird vorher geprüft ob nicht eine alternative Trasse möglich ist bzw., wenn Bäume gefällt werden müssen, kann eine entsprechende Ersatzpflanzung verlangt werden.

Beschlussvorschlag (I-8):

Abstimmung:

Ja-Stimmen: 20 Nein-Stimmen: 0

ohne Herrn Dr. Betz

Die Anregung wird zur Kenntnis genommen. Es wird kein zusätzlicher Ausnahmetatbestand eingeführt.

B.2.7 Gemeinde Pullach i. Isartal **Abt. 6** (Stellungnahme vom 04.11.2015)

Abwägung:

Im § 2 sollte als Ziff. 6 ergänzt werden: „Lebensstätten im Sinne des Artenschutzes (§§ 39 und 44 BNatSchG) zu erhalten“.

Im § 4 sollte bei den Ausnahmen darauf hingewiesen werden, dass auch bei genehmigungsfreien Fällungen der Artenschutz berücksichtigt werden muss.

Das gleiche soll für Fällgenehmigungen gelten.

Die ersten beiden Anregungen werden berücksichtigt. Der dritten Anregung wird schon jetzt durch entsprechende Formulierungen in den Genehmigungsbescheiden entsprochen.

Beschlussvorschlag (I-9):

Abstimmung:

Ja-Stimmen: 20 Nein-Stimmen: 0

ohne Herrn Dr. Betz

Die Ziff. 3 wird durch die Anregung ergänzt. Diese lautet dann:

3. die einheimische biologische Vielfalt zu sichern und Lebensstätten im Sinne des Artenschutzes (§§ 39 und 44 BNatSchG) zu erhalten.

Der § 4 wird am Ende durch folgenden Satz ergänzt:

Die artenschutzrechtlichen Regelungen §§ 39 und 44 BNatSchG bleiben unbe-

rührt.

Eine weitere Ergänzung im § 5 erfolgt nicht.

Beschlussvorschlag II-IV

- II.** Der Gemeinderat beschließt die Abwägung gemäß Art. 52 Ziff. 4 BayNatSchG der öffentlichen Auslegung und der Beteiligung der Behörden und Träger öffentlicher Belange nach § 63 Abs. 2 Nr. 1 BNatSchG und Art. 52 Ziff. 1 und 2 BayNatSchG in der vorliegenden Beschlusslage.
- III.** Der Gemeinderat erlässt die Neufassung der Verordnung der Gemeinde Pullach i. Isartal zum Schutz des Bestandes an Bäumen in der im Entwurf vorgelegten Fassung mit den im Rahmen der Abwägung vorgenommenen Änderungen und Ergänzungen. Der beschlossene Verordnungstext liegt der Niederschrift als Anlage bei.
- IV.** Die Verwaltung wird beauftragt,
 - a) Diejenigen, die fristgerecht Stellungnahmen abgegeben haben, schriftlich über das Ergebnis der Abwägung zu unterrichten
 - b) die Verordnung wird amtlich bekannt gemacht.

Abstimmung:

Ja-Stimmen: 20 Nein-Stimmen: 0

ohne Herrn Dr. Betz

TOP 10 Vergabe Einsammeln und Transport von Restmüll- und Biomüll

Beschluss:

Der Zuschlag für die ausgeschriebene Leistung „Sammlung, Transport und Übergabe von Restmüll und Bioabfall [an die jeweilige vom Landkreis vorgegebene Entsorgungsanlage] in der Gemeinde Pullach“ wird unter Beachtung der gesetzlich vorgeschriebenen, zehntägigen Rügefrist auf das Angebot der Firma Wittmann Entsorgungswirtschaft GmbH erteilt.

Abstimmung:

Ja-Stimmen: 18 Nein-Stimmen: 0

ohne Herrn Dr. Betz, Frau Voit und Frau Metz

TOP 11 Partnerschaft Baryschiwka; Erwerb eines Notarzwagens

Beschluss:

Die Gemeinde Pullach i. Isartal erwirbt einen Skoda Yeti 2.0 TDI, BJ: 2012, 65.000 km, ca. 22.000 € für das Krankenhaus der Partnergemeinde Baryschiwka als Notarzwagen.

Im Vorgriff auf den Haushalt 2016 werden die Kosten für dieses Einsatzfahrzeug zur Verfügung gestellt.

Abstimmung:

Ja-Stimmen: 20 Nein-Stimmen: 1

TOP 12 Unterbringung von Flüchtlingen in einer Turnhalle

Beschluss:

Die Gemeinde Pullach verweigert die erneute Herausgabe einer Turnhalle an das Landratsamt. Stattdessen wird die Verwaltung beauftragt, alternative Standorte – bevorzugt für eine temporäre Unterbringung - zu prüfen.

Abstimmung:

Ja-Stimmen: 10 Nein-Stimmen: 9

ohne Herrn Schramm und Herrn Floß

Die SPD-Fraktion und die GRÜNEN-Fraktion geben zu Protokoll, dass sie mit „Nein“ gestimmt haben.

TOP 13 Bekanntgaben aus nichtöffentlichen Sitzungen

Frau Tausendfreund teilt mit, dass die Gemeinde das Grundstück an der Heilmannstr. 53-55 erworben hat.

TOP 14 Allgemeine Bekanntgaben

Herr Dr. Baasch gibt bekannt, dass der Garagenflohmarkt am 25.06.2016 stattfinden wird.

Frau Voit hat sich mit dem Organisator getroffen. Jeder in Pullach, der Interesse hat, kann sich beteiligen.

Herr Schuster weist auf die ausgelegten Flyer eine Broschüre über den Islam und über die Spendenaktion vom Isartaler Tisch hin.

Vorsitzende
Susanna Tausendfreund
Erste Bürgermeisterin

Schriftführer/in
Jana Fröhlich
Verwaltungsfachangestellte